Antrag W-03**SPD-Unterbezirk Diepholz****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK****Gesetzliche Pflicht zur Breitbandanbindung von Neubaugebieten**

1 Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein,
 2 dass im Telekommunikationsgesetz (TKG) eine ge-
 3 setzliche Verpflichtung verankert wird, wonach al-
 4 le neu erschlossenen Wohn- und Gewerbegebiete
 5 mit leistungsfähigen Internetanschlüssen ausge-
 6 stattet werden müssen. Dabei ist ein Anschluss an
 7 ein Glasfasernetz oder eine vergleichbare zukunfts-
 8 fähige Technologie sicherzustellen. Der Breitband-
 9 anschluss muss spätestens mit der baulichen Fertig-
 10 stellung der Gebäude verfügbar sein.

11 Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des
 12 Internetanschlusses müssen die Mindestanfor-
 13 derungen an den Internetzugangsdienst nach
 14 der Telekommunikationsmindestversorgungs-
 15 verordnung (TKMV), welche in ihrer Bandbreite
 16 nach heutiger Internetnutzung weder zeitgemäß
 17 noch zukunftsfähig sind, deutlich angehoben
 18 werden. Während nach TKMV die zurzeit gültigen
 19 Bandbreite-Anforderungen lediglich 15,0 Megabit
 20 pro Sekunde im Download sowie 5,0 Megabit pro
 21 Sekunde im Upload betragen, ist eine Erhöhung
 22 auf 100 Megabit pro Sekunde (Download) bzw.
 23 auf 50 Megabit pro Sekunde (Upload) erforderlich,
 24 um eine leistungsfähige digitale Infrastruktur
 25 flächendeckend sicherzustellen.

26

Begründung

28 Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundvor-
 29 aussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse,
 30 wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe.
 31 Dennoch kommt es auch heute noch vor, dass Neu-
 32 baugebiete ohne angemessene Internetanbindung
 33 geplant oder erschlossen werden. Dies führt zu er-
 34 heblichen Nachteilen für die Anwohnerinnen und
 35 Anwohner sowie zu späteren, deutlich teureren
 36 Nachrüstungen.

37 Ein gesetzlich geregelter verpflichtender Internet-
 38 anschluss für Neubaugebiete ist daher notwendig,
 39 um Planungsfehler zu vermeiden und dem Ziel der
 40 flächendeckenden digitalen Versorgung gerecht zu
 41 werden. Gerade in ländlichen Räumen ist der Glas-
 42 faserausbau für die Zukunftsfähigkeit und die Wah-
 43 rung von gleichwertigen Lebensverhältnissen ent-
 44 scheidend. Wie bei der Versorgung mit Strom, Wär-

Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein,
 dass im Telekommunikationsgesetz (TKG) eine ge-
 setzliche Verpflichtung verankert wird, wonach al-
 le neu erschlossenen Wohn- und Gewerbegebiete
 mit leistungsfähigen Internetanschlüssen ausge-
 stattet werden müssen. Dabei ist ein Anschluss an
 ein Glasfasernetz oder eine vergleichbare zukunfts-
 fähige Technologie sicherzustellen. Der Breitband-
 anschluss muss spätestens mit der baulichen Fertig-
 stellung der Gebäude verfügbar sein.

Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des
 Internetanschlusses müssen die Mindestanforde-
 rungen an den Internetzugangsdienst nach der
 Telekommunikationsmindestversorgungsverord-
 nung (TKMV), welche in ihrer Bandbreite nach
 heutiger Internetnutzung weder zeitgemäß noch
 zukunftsfähig sind, deutlich angehoben werden.

Material:

Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des
 Internetanschlusses müssen die Mindestanforde-
 rungen an den Internetzugangsdienst nach der
 Telekommunikationsmindestversorgungsverord-
 nung (TKMV), welche in ihrer Bandbreite nach
 heutiger Internetnutzung weder zeitgemäß noch
 zukunftsfähig sind, deutlich angehoben werden.

Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundvor-
 aussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse,
 wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe.
 Dennoch kommt es auch heute noch vor, dass Neu-
 baugebiete ohne angemessene Internetanbindung
 geplant oder erschlossen werden. Dies führt zu er-
 heblichen Nachteilen für die Anwohnerinnen und
 Anwohner sowie zu späteren, deutlich teureren
 Nachrüstungen.

Ein gesetzlich geregelter verpflichtender Internet-
 anschluss für Neubaugebiete ist daher notwendig,
 um Planungsfehler zu vermeiden und dem Ziel der
 flächendeckenden digitalen Versorgung gerecht zu
 werden. Gerade in ländlichen Räumen ist der Glas-
 faserausbau für die Zukunftsfähigkeit und die Wah-
 rung von gleichwertigen Lebensverhältnissen ent-
 scheidend. Wie bei der Versorgung mit Strom, Wär-
 me, Wasser und Abwasser muss auch der Internet-

45 me, Wasser und Abwasser muss auch der Internet-
46 zugang zur Grundversorgung gehören – und ent-
47 sprechend rechtlich abgesichert sein.

zugang zur Grundversorgung gehören – und ent-
sprechend rechtlich abgesichert sein.